

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhoff 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonabend

15. Mai 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhoff 202-207

Pilsudski im Besitz der Staatsgewalt.

Staatspräsident und Witos-Kabinetts zurückgetreten.

Das Berliner Bureau der polnischen Telegraphenagentur teilt mit: Sejmarschall Rataj hat vom Präsidenten der Republik ein Schreiben erhalten, in dem der Präsident ihn davon in Kenntnis setzt, daß er das Amt des Staatspräsidenten niederlegt und verfassungsgemäß die Rechte des Präsidenten auf den Sejmarschall überträgt.

In einem zweiten Schreiben an den Sejmarschall bittet die gesamte Regierung um Annahme ihrer Demission. Dieser hat die Demission angenommen und erklärt, daß die neue Regierung in den nächsten Stunden gebildet werden wird.

Warschau, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Pilsudski befehlt gestern nachmittags Belvedere. Präsident Wojciechowski und die Witos-Regierung flüchteten. Infolgedessen übernahm Pilsudski die Staatsgewalt.

Die Sozialisten proklamierten gestern den Generalkrieg gegen die Witos-Regierung. Streikende Arbeiter bilden eine Arbeitermiliz, welche mit Pilsudskis Militär zusammen arbeitet. Die Kommunisten möchten auch mit Pilsudski und den Sozialisten zusammengehen, ihr Angebot wurde aber abgelehnt. In der Stadt herrscht Ruhe. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist glänzend.

Eine Regierung Pilsudski - Skrzynski - Ponikowski.

Deutsch-Esław, 15. Mai. (TU.) Nach Meldungen aus Warschau ist eine provisorische Regierung unter der Führung von Pilsudski, Skrzynski und Ponikowski gebildet worden. Für die neue Regierung haben sich die meisten Truppenteile des dritten Armeekorps, also die Garnisonen nördlich der Weichsel erklärt. Teile dieser Truppen sind zur Unterstützung Pilsudskis in Warschau angekommen, andere Teile sind wegen der Eisenbahnunterbrechung Warschau-Bialystok zurückgehalten worden.

Für Witos sehen sich die Truppen unter dem Befehl des Generals Sikorski mit seinem Korps in Lemberg ein. Der Vormarsch dieser Truppen nach Warschau wurde in Lublin durch einen Streik der Eisenbahner aufgehalten. Auch der Vormarsch der Posenen Regimenter nach Warschau ist erheblich verzögert worden. Im Gebiet des polnischen Korridors stehen die Truppen in der Hauptlage zu der Regierung Witos und es herrscht dort zurzeit Ruhe. Der Durchgangsverkehr nach Ostpreußen funktioniert gegenwärtig noch reibungslos.

Die Witosstruppen in der Auflösung. - Pilsudski vor der Regierungsbildung.

Danzig, 15. Mai. (WIB.) Die Witos-Truppen haben sich aus Warschau, das nunmehr ganz in der Hand Pilsudskis ist, zurückgezogen und südlich der Stadt neue Stellungen eingenommen. Der größte Teil dieser Truppen ist in voller Auflösung. Aus allen Teilen des Landes laufen Kundgebungen für Pilsudski ein. Die Meldungen von Freiwilligen mehren sich fortgesetzt.

In einer Kundgebung an die Öffentlichkeit über die Motive und Ziele seines Vorgehens erklärt Pilsudski, daß er den Kampf nur in Sorge um das Wohl des Landes aufgenommen habe. Die Liquidierung des Kampfes hat allgemeine Zustimmung gefunden, die insbesondere durch die Demonstration einer vieltausendköpfigen Menge in Warschau zum Ausdruck kam.

In den gestrigen späten Abendstunden wurden Verhandlungen zwischen dem Staatspräsidenten Wojciechowski, der, wie gemeldet, Warschau im Automobil verließ, aber mit der Regierung in der Nähe der Hauptstadt blieb, und dem Marschall Pilsudski eingeleitet. Ob diese Fühlungnahme zu einem Ergebnis geführt hat, ist zur Stunde noch nicht bekannt. Marschall Pilsudski ist gegenwärtig damit beschäftigt, eine Regierung zu bilden.

Sozialistischer Aufruf für Pilsudski.

Prag, 15. Mai. (WIB.) Der Zentralausschuß der polnischen sozialdemokratischen Partei erklärt in einer Sonderausgabe des „Robotnik“ folgende Erklärung: „Arbeiter und Bürger! Die Regierung Witos, welche sich auf eine Bande schwarzer Reaktionäre, Faschisten, Monarchisten und Kettenhändler stützt, ist die Vernichtung des polnischen Staates. Die Fortdauer dieser Regierung ist eine Provokation aller ehrlichen Menschen. Seid bereit, jeder Aufforderung der polnischen sozialdemokratischen Partei zu folgen! Die Verantwortung für die blutigen Auseinandersetzungen wird den Ratgebern des Präsidenten der Republik zugeschoben. Es wird erklärt, daß am Vorabend des Staatsstreiches die Vertreter der Linksparteien bei der Adjutantur des Präsidenten um eine Audienz im Belvedere nachgesucht haben, um einen Ausweg aus der Situation zu ermitteln und Blutvergießen zu vermeiden. Sie erhielten die Antwort, der Präsident sei beschäftigt und könne sie nicht empfangen. Hierauf gaben die Vertreter der Linken die formelle Erklärung ab, daß sie den Präsidenten der Republik für den weiteren Verlauf der Dinge verantwortlich machen.“

Die Verbindung zwischen dem Stabe Pilsudskis und dem Parlament wird durch die Abgeordneten Razel und Niedzialkowski von der sozialistischen Partei und Bartl vom Klub der nationalen Arbeit aufrecht erhalten. Das Parlament hält keine Sitzungen ab.

Gestern mitternacht wurde auch der letzte Telegraphenverkehr für andere als militärische Zwecke eingestellt, da die

meisten Telegraphenleitungen von den Zerstörungen der Bahnstrecken mitbetroffen wurden.

Pilsudski für die Minderheitsrechte.

Danzig, 15. Mai. (WIB.) Marschall Pilsudski hat gestern Abend Vertreter der Minderheiten empfangen. Der Marschall habe erklärt, daß er die Belange der Minderheiten im Interesse und im Geiste einer wahren Demokratie schützen und wahren werde.

Rein Einmarsch litauischer Truppen.

Das Berliner Bureau der „Polnischen Telegraphenagentur“ erklärt: Auf Grund eingehender Informationen an zuständiger Stelle ist die in der ausländischen Presse verbreitete Meldung von einem Einmarsch der litauischen Truppen in polnisches Gebiet völlig aus der Luft gegriffen.

Joseph Pilsudski.

Marschall Pilsudski steht im 60. Lebensjahre. Er entstammt einer vermögenden litauischen Adelsfamilie. Schon als Student wurde er wegen „politischer Umtriebe“ ein Opfer der zaristischen Herrschaft und von der Universität relegiert. Als Zwanzigjähriger wurde er wegen angeblicher Teilnahme an einem Anschlag auf den Zaren in Wilna auf fünf Jahre nach Sibirien verbannt. Nach seiner Rückkehr galt seine Arbeit und seine Energie dem Aufbau der polnischen Arbeiterbewegung. Als Dreißigjähriger kam er ins Gefängnis nach Petersburg. Von hier gelang ihm die Flucht, und von nun ab war er einer der tätigen Förderer und Vorbereiter der Revolution.

Pilsudski war es, der die geheimen militärischen Organisationen ins Leben rief, die seit 1905 für die Abrechnung mit der russischen Gewaltherrschaft aufgestellt wurden. Als der Weltkrieg ausbrach, rückte er mit seinen Schützen sofort im August 1914 von Galizien aus gegen die Russen vor. De länger der Krieg sich hinzog, um so schwieriger wurde seine Stellung an der Spitze der polnischen Legionäre. Seine Forderung auf Schaffung eines völlig unabhängigen polnischen Heeres wurde von den Zentralmächten abgelehnt, die ihm 1916 das Oberkommando entzogen und die polnischen Legionen in ein Hilfskorps umwandelten. Später wurde Pilsudski in den Warschauer Staatsrat berufen und mit der Leitung der Heereskommission betraut. Nach Ausbruch der russischen Revolution 1917 trat Pilsudski als Führer der Linken aus dem Staatsrat aus, da dieser ein monarchistisches Polen erstrebte, die Linke aber mit Pilsudski eine unabhängige Republik. Für die kommende Entscheidung organisierte Pilsudski aufs neue seine Legionen. Als es zwischen Staatsrat und Legionen zum Konflikt kam, griff die deutsche Regierung ein und internierte Pilsudski in Magdeburg. Hier blieb er bis zur deutschen Revolution. Nach Warschau zurückgekehrt, übernahm er sofort den Posten des Kriegsministers, der ihm bis zu seiner Freilassung offengehalten war. Pilsudski gelang es sehr schnell, Ordnung in die verworrenen Verhältnisse des neuen Staates zu bringen, in dessen Grenzen drei Regierungen (in Warschau, Krakau und Lublin) nebeneinander regierten. Bereits im Dezember 1918 wurde er zum Präsidenten der Republik gewählt. Diesen Posten bekleidete er vier Jahre. Darauf wurde er als erster Marschall Polens zum Generalstabschef ernannt. Dieses Amt legte er ein Jahr später nieder, als die Bauernpartei Witos in das Lager der Rechten überging, wodurch die Rechtsparteien die Mehrheit im Parlament gewannen.

Gehler und Adenauer.

Versuche zur Regierungsbildung.

Reichsminister Dr. Gehler hat heute mittag dem Reichspräsidenten einen Zwischenbericht über die Frage der Neubildung der Reichsregierung erstattet. Oberbürgermeister Dr. Adenauer hat nicht von vornherein das Kanzleramt abgelehnt, sich aber vorbehalten, zunächst mit den Parteien Fühlung zu nehmen, was heute geschieht. Vor heute abend dürfte eine weitere Entwicklung der Regierungsbildung nicht zu erwarten sein.

Der Arbeitsplan des Landtags.

Der Aestesterrat des Landtages lehnte am Sonnabend den deutschnationalen Antrag ab, den Protest gegen die Hauszinsungen bei rechtsgerichteten Verbänden mit dem Rotet, der am Montag zur Erledigung steht, zu verbinden. Ueber den Gegenstand selbst wird in der allgemeinen Aussprache zum Rotet natürlich gesprochen werden. Die Beratung des Antrags der Regierungsparteien über die Neuregelung der Hauszinssteuer wird, wie in Aussicht genommen war, am Mittwoch mit einer halbständigen Redezeit erfolgen. Der Polizeihaushalt soll erst nach Pfingsten beraten werden, vorher wird sich erst der Staatsrat in der nächsten Woche mit ihm beschäftigen.

Der französische Finanzminister Pöret wird sich am Sonntag nach London begeben, um dort die Verhandlungen zur Regelung der französischen Schuld an England wieder aufzunehmen. Diese bereits seit langem geplante Reise soll der Herbeiführung der endgültigen Regelung dienen, da bekanntlich für das laufende Finanzjahr bereits ein Provisorium abgeschlossen worden ist. Pöret wird sich voraussichtlich zwei bis drei Tage in London aufhalten.

Was erreicht wurde.

Der barbarische Vorstoß der Bergherren abgewehrt.

V. Sch. London, 13. Mai.

Der große Streik brachte es mit sich, daß die Öffentlichkeit in der Welt und in England selbst infolge der zahlreichen Meldungen über die Entwicklung der Bewegung und der polemischen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Gewerkschaften immer mehr den Ausgangspunkt des „allgemeinen Stillstandes“ aus den Augen verlor, nämlich den Konflikt im Bergbau. Die Vereinbarungen zwischen Sir Herbert Samuel und dem Generalrat der Gewerkschaften, die die Beilegung des Streiks ermöglicht haben, haben das Interesse des Publikums auf diese Kernfrage zurückgelent. Noch steht es zu dieser Stunde nicht fest, ob der Bergarbeiterverband, der seine Delegierten auf Freitag zusammenberufen hat, die Vorschläge des Vorstehenden der Studienkommission gutheißt, obwohl diese vom Generalrat als eine annehmbare Grundlage bezeichnet wurden. Man erwartet zwar lebhafteste Widerstände bei einem Teil der Bergarbeiterführer, die seinerzeit sehr radikale, aber zugleich sehr gefährliche Parolen ausgegeben haben; indessen glaubt man, daß die Mehrheit der Delegiertenversammlung sich mit dem Erreichten zufrieden geben wird.

Um den Wert dieser neuen Vereinbarungen und damit den konkreten Erfolg richtig würdigen zu können, den der Solidaritätsstreik tatsächlich erzielt hat, muß man sich vor Augen halten, was die Bergherren planten. Sie wollten die Krise im englischen Kohlenbergbau ausschließlich auf dem Rücken der Arbeiter lösen, während der Bericht der Kohlenkommission zwar auch Opfer auf Seiten der Arbeiterschaft vorah, gleichzeitig aber eine durchgreifende Reorganisation des Kohlenbergbaues vorgenommen wissen wollte. Das System der staatlichen Subventionen sollte jedenfalls am 1. Mai aufhören, während seit dem 1. August 1925 die Bergwerke durch Subsidien in Höhe von insgesamt 460 Millionen Mark vor einer Bankrottwirtschaft geschützt und zugleich die Bergarbeiterlöhne in ihrer bisherigen Höhe aufrechterhalten werden konnten. Es ist im „Vorwärts“ im Laufe der letzten Wochen wiederholt darauf hingewiesen worden, wie bedenklich diese Subsidienwirtschaft nicht nur für die englische Staatskasse, sondern auch für die Kohlenindustrie auf dem Kontinent ist und gerade vom Standpunkt der deutschen Bergarbeiterchaft war der ursprüngliche Beschluß der königlichen Kohlenkommission auf Einstellung der Zuschüsse durchaus zu begrüßen. Wenn nun nach den neuen Vorschlägen von Sir Herbert Samuel, die offensichtlich die inoffizielle Zustimmung Baldwin's gefunden haben, der ursprüngliche Bericht dahin „interpretiert“ wurde, daß die Zuschüsse vorläufig weiter gezahlt werden, um in der Zwischenzeit die Ausarbeitung eines neuen Reformplanes zu ermöglichen, so mag dies zwar nicht im Interesse der kontinentalen Kohlenindustrie liegen, aber man wird es der englischen Arbeiterchaft und besonders den englischen Bergarbeitern nachsagen können, wenn sie das als einen wesentlichen Erfolg ansehen; sie haben Zeit gewonnen und in dieser gewonnenen Zwischenzeit bleiben ihre Löhne unangefast.

Um nun begreifen zu können, was das für sie bedeutet, muß man wissen, was sie bis zum 1. Mai verdienten und was für ungeheure Löhnerhöhungen ihnen von den Bergherren, unmittelbar vor dem 1. Mai, durch einfache Anschläge am schwarzen Brett diktiert wurden. Die Bergarbeiterlöhne waren bisher, ähnlich wie in Deutschland, je nach der Lage der Reviers, ihrer Tragfähigkeit, ihrer technischen Einrichtungen, der Güte ihrer Kohle usw. sehr verschieden. Sie betragen bisher im Durchschnitt pro Schicht (5 1/2 Schichten in der Woche):

Table with 2 columns: Region, Hilfsarbeiter, Hauer. Rows: Northumberland (7.65, 10.35), Grafschaft Durham (7.55, 9.70), Südwales (8.05, 10.55)

Die Forderung der Bergherren ging nun dahin, die Löhne in ganz unglaublicher Weise zu kürzen:

Table with 2 columns: Region, Hilfsarbeiter, Hauer. Rows: Northumberland (statt 7.65-4.80, statt 10.35-7.60), Grafschaft Durham (statt 7.55-4.95, statt 9.70-6.85), Südwales (statt 8.05-6.70 für Verheiratete, statt 10.55-7.45 (5.80 für Unverheiratete))

Mit 5 1/2 multipliziert hätte dies eine Kürzung des Wochenlohnes von 7 M. im günstigsten Falle (verheiratete Hilfsarbeiter in Südwales) bis zu 17,05 M. im Falle des Hauers im gleichen Revier ergeben!

Gegen diese grausamen Bedingungen, die eine Herabsetzung von 20, 30 und sogar 40 Proz. des bisherigen Lohnes bedeuteten, hatte die Regierung nichts Ernsthaftes unternommen. Die Erbitterung der Bergarbeiter gegen das Vorgehen ihrer Arbeitgeber war nur allzu begründet, zumal, wenn man bedenkt, daß dies für einen der schwersten und gefährlichsten Berufe geschah, die es überhaupt gibt. Während des Streiks führte der Vorstehende des Bergarbeiterverbandes, Herbert Smith, in einer Londoner Massenversammlung aus:

„Ganz abgesehen von der Lohnfrage — bedenkt, daß alle fünf Stunden ein Mann oder ein Knabe in den Schächten getötet wird, und daß an jedem Tage 850 verwundet werden, von denen manche bis zu ihrem Lebensende verkrüppelt bleiben.“

Tatsächlich war auch ein großer Teil des Bürgertums über das Vorgehen der Bergherren empört, und namentlich

In liberalen Blättern nahm man gegen ihre Brutalität ent- schiedene Stellung. Sogar gewisse konservative Blätter pro- testierten gegen dieses Vorgehen, aber alle Sympathiebeteu- erungen aus dem Lager der Regierungspartei erwiesen sich praktisch als bedeutungslos, da die Regierung die britischen Stinnes gewähren ließ.

Man hat davon gesprochen, daß die englischen Berg- arbeiter diese unerschämten Lohnkürzungen mit „Streik“ beant- worteten, indem sie am 1. Mai nicht mehr einfuhren. In Wirk- lichkeit handelte es sich um eine Aussperrung durch die Arbeitgeber; denn mit Recht bemerkte die Wochenschrift „New Statesman“, daß nach dieser Methode die Arbeitgeber eines Tages einfach verkünden könnten, daß der Lohn künftig nur noch 10 Pf. pro Tag betrage, und daß, wer nicht diese Bedingung akzeptiere, als „Streikender“ zu betrachten sei...

Unter diesen Umständen war der Solidaritäts- streik der übrigen großen Gewerkschaften durchaus be- rechtigt, und es gehörte die eiserne Stirn der Diehards dazu, diese rein wirtschaftliche Bewegung zu einer politischen Stempel zu wollen. Diese Solidaritätsaktion war um so berechtigt, als man die Lohnkürzung im Bergbau als das Signal zu einer allgemeinen Lohnkürzung auf- fassen mußte. Durch die neuen Vereinbarungen ist dieser barbarische Vorstoß der Unternehmer zunächst abge- wehrt, und darin liegt der positive Gewinn dieses nunmehr beendeten Solidaritätsstreiks. Allerdings ist damit die Kohlenkrise als solche nicht gelöst, aber man hat die Ge- wissheit, daß ihre künftige Lösung unter dem Eindruck der Kraftentfaltung erfolgen wird, die jetzt von fast drei Millio- nen Arbeitern in zehntägigem Ringen aufgebracht wurde.

Der Kohbrakener Freund.

Hugenberg meldet sich.

Hugenberg veröffentlicht in seinen Blättern einen langen Artikel, dessen wirre Stilisierung die Aufregung des Verfassers verrät. Seinen Kern bildet folgende Erklärung:

Meinerseits ist eine Bereiterklärung zur Übernahme eines Ministeramtes in dieser oder in einer anderen Verbindung niemals und weder einer befugten noch einer unbefugten Stelle gegenüber erfolgt. Die sog. Notverfassung... war mir bis zu ihrer Veröffentlichung unbekannt. Ich habe nichts mit diesen oder ähnlichen Bestrebungen zu tun.

Der Erklärung Hugenberg's steht folgender Tatbestand gegenüber: Claß hatte den Plan zu einer Aktion ausge- arbeitet, die ein Direktorium von fünf Mann an die Spitze des Reiches bringen sollte. In diesem Direktorium war Neu- mann als Kanzler, Hugenberg als Finanz- minister vorgesehen. Die sogenannte „Notverfassung“, mit der das Direktorium seine Tätigkeit beginnen sollte — die be- kannte Erbschaft- und Hängeverordnung — fand man in der Schublade des Claß.

Claß versuchte Neumann für seinen Plan zu gewinnen. Neumann antwortete mit einem noch unbekanntem Briefe, worauf Claß am 23. April d. J. erwiderte:

Auf Ihr Schreiben vom 18. d. M. teile ich mit, daß ich es richtig dahin verstanden zu haben glaube, daß Sie im äußersten Fall zur Verfügung stehen. Unser Kohbrakener Freund war von dieser Aussicht sehr eingenommen und hat eine detartige Lösung für sehr glücklich erklärt.

Hugenberg ist „der Kohbrakener Freund“. Das bestreitet er nicht. Daraus folgt: Claß hat Hugenberg mitgeteilt, daß Neumann für seine Pläne zur Verfügung stehe und Hugenberg hat sich darüber sehr erfreut gezeigt. Er hat Neumann als Kanzler akzeptiert.

Hugenberg ist also durch Claß in schwerster Weise belastet. Dabei ist die Möglichkeit nicht ausge- schlossen, daß Claß nach echter Verschwörerart den Leuten, die er als seine Mitverschworenen auswählte, nicht alles sagte, was er vorhatte. Es ist also möglich, daß Hugenberg die

sogenannte „Notverfassung“ nicht gekannt hat. An der Tat- sache, daß er von einer Verschwörung wußte und sich an ihr beteiligte, würde dadurch nicht das geringste geändert.

Wären Hugenberg und die anderen Herrschaften, die sich über die Belästigung durch die Polizei beschwerten, vielleicht unschuldig, so würden sie zwischen sich und Claß, dessen Schuld doch wirklich nicht mehr bestritten werden kann, öffentlich einen dicken Strich ziehen. Tatsächlich verdanken sie ja alle Unbequemlichkeiten nicht der Po- lizei, die nur ihre Pflanztüte, sondern dem Claß, der sie durch seine Schreiberlein in die Sache hineinzog. Statt aber von Claß abzurücken, schimpfen sie auf die Po- lizei.

Das ist das Verhalten nicht von Unschuldigen, sondern von Schuld bewußten!

Ueberrmittlung des Belastungsmaterials an den Ober- reichsanwalt.

Wie BS. erzählt, sollen die Hausdurchsuchungen bei einzelnen führenden Persönlichkeiten der Rechtsbewegung im Reich noch weiteres Material in Bestätigung des bereits bestehenden Verdachtes der Vorbereitung des Hochverrates ergeben haben. Das ganze Aktenmaterial, das von der Berliner politischen Polizei in dieser Affäre angelegt worden ist, wurde heute vormittag an den Oberreichsanwalt Edermeyer weitergeleitet, der sich nunmehr über die Frage der Einleitung einer Voruntersuchung gegen die in Betracht kommenden Persönlichkeiten schlüssig zu machen hat. Die Polizeiaktion kann vorläufig als abgeschlossen be- trachtet werden.

Der Polizeipräsident teilt mit:

Nach mehrfachen Meldungen von Augenzeugen hat in der Nacht zum 13. d. M. in der Gegend von Großbeeren (Kreis Teltow) ein Appell der Rechtsverbände, verbunden mit einer Waffenausgrabung stattgefunden. Als Waffenerste wurden einige Wirtschaften in Großbeeren, sowie ein Unterstand in den Wäldern südwestlich der Ortschaft bezeichnet. Ein Teil der Waffen sollte auch in einem Erdloch an einer Wiese vergraben und die Stelle mit Moos bedeckt worden sein. Die am 14. Mai darauf vorgenommenen umfangreichen Nachforschungen haben ergeben, daß in der genannten Nacht tatsächlich Teile der Wehroverbände Berlins und des Kreises Teltow eine Geländeübung ab- gehalten haben. An Waffen sind im Bormerk Neubereen und in Großbeeren insgesamt aufgefunden und beschlagnahmt worden: Zwei Infanteriegewehre, zwei Karabiner, 20 scharfe Handgranaten, eine Kiste mit Jähren und Übungshandgranaten, einige Selbst- ladepistolen, sowie größere Mengen von Gewehr- und Pistolen- munition. Der in der Meldung genannte Unterstand wurde auf- gefunden. Es handelt sich dabei anscheinend um eine Art Jagd- hütte, die leer war. Die Grabungen nach Waffen an verschiedenen Stellen des in der Meldung erwähnten Waldchens, insbesondere am Wiesenrand, sind ergebnislos verlaufen. Das beschlagnahmte Material wurde mit Postkraftwagen nach Berlin geschafft.

Verfassungsänderung in Bayern.

Kommunalwahlrecht erst bei Vollendung des 25. Lebens- jahres.

München, 15. Mai. (WZB.) Der Verfassungsaus- schuß des Landtages nahm in der fortgesetzten Beratung des Re- gierungsentwurfs zur Abänderung der bayerischen Ver- fassung mit den Stimmen der Koalitionsparteien und des Bül- lichen Blocks den Artikel 2 an, der das Wahlrecht bei den Gemeinde- und Kreiswahlen von der Vollendung des 25. Lebensjahres abhängig macht. Minister des Inneren Stübel hatte im Laufe der Aussprache betont, daß vom Stand- punkte der Reichsverfassung aus keinerlei Bedenken gegen die rech- tliche Zulässigkeit der in Aussicht genommenen Regelung erhoben werden könnten. In der Gesamtstimmung über den Re- gierungsentwurf fand dieser gegen die Stimmen der Sozialdemo- kraten, der Kommunisten und der Nationalsozialisten Annahme.

Wie wird der Sonntag?

Wahrscheinlich friedlich!

Die Kommunisten haben ihre Gegenkundgebung gegen die „Vaterländischen“ auf Montag nachmittag verschoben. Es ist daher wahrscheinlich, daß — bei beiderseits recht geringer Beteiligung — die „Vaterländischen“ morgen, die Kommu- nisten übermorgen friedlich durch die Straßen Berlins ziehen werden.

Die rechtsgerichteten Verbände demonstrieren „gegen die Fürstenenteignung“, also für ablehnende Hal- tung beim Volksentscheid. Eine solche Demonstration konnte nicht verboten werden, sofern eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit nicht vorhanden war. Später ange- sagte Gegendemonstrationen konnten am selben Tag nicht zu- gelassen werden, weil sonst Menschen zu Schaden gekommen wären.

Dafür können die Kommunisten am Montag und am nächsten Sonntag nach Herzenslust demonstrieren, wie sie es schon am letzten Mittwoch getan haben.

Wenn die Kommunisten auf diese Regelung eingehen, zugleich aber den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten und die verruchten SPD-Führer beschuldigen, mit Claß, Hugen- berg und Neumann-Lübeck unter einer Decke zu stecken, wenn die „Rote Fahne“ schreibt, der „Vorwärts“ wolle „eine prole- тариerte Gegenkundgebung im Blut erstickend“, so wird man den Menschen mit der Laterne suchen müssen, der das ernst nimmt.

Die republikanisch gesinnte Bevölkerung Berlins wird gut tun, der morgigen schwarzweißroten Straßenpropaganda mit dem größten Maß von Nichtbeachtung gegen- überzutreten, das überhaupt denkbar ist. Das wird voraus- sichtlich um so leichter sein, als der Umzug der „Vaterlän- dischen“ kästlich genug ausfallen dürfte. Dafür zu sorgen, daß ihre Weitherzigkeit nicht mißbraucht wird und alle Aus- schreitungen unterbleiben, ist Sache der Polizei.

Wenn aber eines Tages wieder die Sozialdemo- kratische Partei ruft, dann soll Berlin erleben, wie eine richtige Volkskundgebung aussieht!

Potsdamereien.

Das Oberverwaltungsgericht gegen den Innenminister.

Als in den ersten Oktobertagen 1924 bekannt wurde, daß der französische Professor Bäsch im Rahmen einer von der Liga für Menschenrechte einberufenen Versammlung im Konzerthaus in Potsdam am 6. Oktober 1924 sprechen würde, sah die Stadt- verordnetenversammlung in Potsdam am 3. Oktober den Beschluß, den Magistrat zu ersuchen, er solle bei der Polizei- behörde dafür eintreten, daß der angeforderte Vortrag des Prof. Bäsch unterbleibe.

Diesem Beschluß entsprechend, richtete der Oberbürger- meister an den Polizeipräsidenten ein Schreiben, in dem er be- tonte, daß es in weiten Kreisen der Bürgerschaft nicht verstanden werden würde, wenn Prof. Bäsch in Potsdam einen Vortrag mit den Tendenzen halten würde, wie es in Berlin geschehen sei; es sei zu befürchten, daß es zu schweren Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung kommen würde. Gleichzeitig wurden Tele- gramme an die Reichsminister des Innern und Außen, und an den preussischen Innenminister abgeschickt, in denen auf die „Gefahr“ aufmerksam gemacht wurde, daß Vertreter zweier politischer Richtungen aufeinanderprallen würden; der preussische Innenminister wurde gebeten, die Veranstaltung zu unterlagen.

Der Vortrag des Prof. Bäsch fand dann trotzdem statt. Da es hieß, Prof. Bäsch werde nochmals in Potsdam sprechen, richtete der Oberbürgermeister an den preussischen Innenminister ein längeres Schreiben, in welchem vor der Zulassung eines weiteren Vortrags gewarnt wurde.

Nunmehr erließ der Innenminister am 31. Oktober 1924 an den Oberbürgermeister eine Verfügung, in welcher dem Ober- bürgermeister die Mißbilligung ausgesprochen und gesagt, es werde erwartet, daß der Oberbürgermeister es nicht an der not- wendigen Einordnung in den Behördenapparat fehlen lassen werde. Das Verhalten des Oberbürgermeisters könnte vor- liegend um so weniger ungerügt gelassen werden, als offensichtlich

Das Rauch-Schinkel-Museum.

Noch eine Museumsgröteske.

Alle Berliner erinnern sich, daß es in der Klosterstraße ein Rauchmuseum gab. Es waren da nicht die ersten Tonpfeifen, noch war die Urzigarre zu sehen; vielmehr standen in einem verstaubten Schuppen die Gipsabgüsse von den Plastiken Christian Rauchs bei- einander. Der Anblick war unerschrocken; das Durcheinander ge- staltete kein langes Verweilen. Doch ließen die einzelnen Figuren den Wunsch aufkommen, diese berlinische Klassik einmal vernünftig aufgestellt und in manierlicher Umgebung zu sehen. Schon vor dem Kriege ist denn auch eine angemessene Unterbringung der Rauchschen Gipsabgüsse erwogen worden. Gleich der erste Schritt zur Durch- führung des Planes brachte den Beginn einer Gröteske.

Seit der Museums war damals der vortreffliche Kenner der Berliner Künste, Hans Madowsky. Er und Justl wurden gefragt, wie verfahren werden könne. Beide waren dafür, daß die Gipse Rauchs am besten in der von seinem Zeitgenossen Schinkel ge- schaffenen Bauakademie unterzubringen seien. Nicht nur der Formen- sprache wegen, nicht nur weil es einen guten Zusammenklang geben mußte, die preussische Plastik im Gehäus der preussischen Architektur zu sehen, auch darum, weil die Bauakademie zum Museumsziel gehört und so die Gipsabgüsse, die den Museumswanderern meist nicht sehr verlockend sind, durch ihre bequeme Zugänglichkeit und durch ihre Hineingerücktwerden in die geschichtliche Atmosphäre der Straße unter den Linden immerhin Besucher bekommen hätten. Der damalige Kultusminister aber hatte sich in den Kopf gesetzt, ein besonderes Rauchmuseum zu bauen; es sollte in die Nähe der Hoch- schule für bildende Künste verwohnen werden. Madowsky wurde ent- lassen und Justl wurde nicht weiter unterrichtet.

Eines Tages aber erhielt er die Nachricht, daß das Rauchmuseum fertiggestellt wäre und daß er es übernehmen solle. Das geschah vor etwa einem Jahr. In der Zwischenzeit war tatsächlich draußen in Charlottenburg, eine gute halbe Stunde Bahnfahrt vom Rauchschen Berlin entfernt, ein Bau errichtet und die Gipsabgüsse waren darin aufgestellt worden. Ein Regierungsbaumeister hatte die Sache besorgt. An Mühe wird er es nicht haben fehlen lassen, und das Unmögliche, was er zustande brachte, ist nicht seinem Konto anzuschreiben, vielmehr der Kopflosigkeit derer, die ihn gewähren ließen, ohne daß der berufene Museumsfachmann auch nur einmal gehört worden wäre. Der erste Anblick soll erschütternd gewesen sein, vielmehr erhellend: der Schuppen aus der Klosterstraße hatte sich wieder aufgetan, wieder standen die Gipse gehäuft, den Blick lähmend, eine weiße Dede. Dazu waren allerlei kuriose Hintergründe gepinselt worden, und auch sonst schloß es nicht an überlebten Deko- rationen. Justl soll sich gewundert haben, solchen Dilettantismus mit seinem Namen zu bedenken. Ein großes Umräumen begann. Die Dekorationen und die Wandmalereien mußten daran glauben, und

soweit es überhaupt noch möglich war, wurde versucht, durch Auf- teilung der Säle, in denen die weißen Gipfe wie Soldaten standen, die einzelnen Stücke von der unerdienten Langweile der Häufung zu befreien. Das dürfte ungefähr ebenso viel gekostet haben wie der ganze Bau und das eben nennt man: Museumsökonomie oder Museumspolitik.

Was schließlich zustande gekommen ist und demnächst dem Publikum zugänglich gemacht werden soll, entbehrt wegen der ge- zeigten Werke, denen die bisher in der Technischen Hochschule ver- wahren Bilder und Zeichnungen Schinkels und einige bemerkens- werte Stücke von Schadow beigelegt worden sind, nicht des Reizes, blieb aber unzulänglich. Ein Umstand, über den man sich nur trösten kann mit der Gewissheit, daß wenige sich jemals in diese Diaspora, in dies Weisheitsmuseum, verirren werden. Es kann darum nicht verwunderlich sein, daß inzwischen bereits erwogen worden ist, ob man nicht doch alles wieder ausräumen und dorthin bringen möchte, wohin es sinngemäß gehört, eben in die Bauakademie, in die natürlich gemachene Welt der Rauch und Schinkel, der Schadow und Schlüter.

Das soeben fertig geordnete Charlottenburger Museum würde jedenfalls als Kasino oder als Reithahn für die Technische Hoch- schule, die dauernd Erweiterungsbauten braucht, Verwendung finden. Das Ganze aber ist ein vortreffliches Beispiel von Planwirtschaft. Robert Breuer.

Lehren und Probleme des Nordpolfuges.

Der Flug der „Norge“ — gleichgültig, ob man ihn jetzt schon als gelüht bezeichnen will oder angesichts der einander dementierenden Meldungen mit seinem Urteil zurückhält — hat ganz unweilhaft bewiesen, daß Amundsen nicht gut daran getan hat, für diese eminent wichtige und schwierige Unternehmung auf die Möglichkeiten zu ver- zichten, die der Zeppelin-Typ ihm geboten hätte. Der Flug oder viel- mehr bereits vor dem Start auftretende Probleme haben schlagend bewiesen, daß nur ein großes Luftschiff, bei dem man nicht mit dem Gewicht kleinlich zu sparen braucht, für die Polüberfliegung in Frage kommt. Noch in Kingsbay mußte die „Norge“ durch behelfsmäßige Umbauten um nahezu 2000 Kilogramm erleichtert werden, eine Maß- nahme, der zunächst die Hauptgondel zum Opfer fiel, die durch eine kleine Navigationsgondel ersetzt wurde, in der die Beladung sich in der unerquicklichen Situation wohlverpackter Vorräte befand. Die Motoren verloren die Umsteuerung auf Rückwärtsfahrt und — das allergrößte Übel — die ursprünglichen Motorenführer wurden durch erheblich kleinere ersetzt. So kam man allmählich zu einer rein rechnerisch zwar einwandfreien Gesamtbelastung der Luftkraft der 18 500 Kubikmeter Gasfüllung der „Norge“, aber man mußte die Gefahr, die aus der Vereisung der Hülle durch Nebel, Schnee- und Räte drohte, vernachlässigen und bezog damit einen Glückszufall in die ganze Rechnung ein, von dem man bis jetzt ja in der Tat noch nicht weiß, ob er funktioniert hat, wie man es erhoffte.

Trotzdem bleibt das Unternehmen ein Hazardstück, das in manchen Beziehungen nicht gut zu verantworten ist und in dieser Weise auch von niemandem, dem daran liegt, als wissenschaftlicher Forscher zu gelten, wiederholt werden darf. Es scheint nach den vor-

liegenden Meldungen, daß Amundsen an der Gefahr der Vereisung der Luftschiffhülle glücklich vorbeigekommen, dafür aber infolge des einfindenden Nebels die Orientierung verloren hat, was in den end- losen Schneewästen Nordalaskas selbst jetzt im Sommer nicht sehr viel ungefährlicher sein dürfte als ein Verirren im Polargebiet selbst. Das Luftschiff führt Reservebetriebsstoffe für etwa 60 Stunden mit sich. Auch hier ist als ein nicht leicht zu überschätzender Nachteil die Kleinheit des Luftschiffes in Erscheinung getreten, die es nicht erlaubt, ein Hundegerät an Bord zu führen, das groß genug gewesen wäre, mit Sicherheit die Verbindung mit großen Stationen aufrecht- zuerhalten, was allein mit Hilfe des Velloberfahrens auf dem Funk- wege feste Orientierung des Luftschiffes über seinen Weg und der Außenwelt über den Verbleib des Luftschiffes garantiert.

Scharfer Abbau der Schauspielergagen. Die deutschen Theater- direktoren halten mit den neuen Vertragsabschlüssen für die Winter- sation zurück. Die Theateragenturen, die in anderen Jahren zu dieser Zeit alle Verträge unter Dach und Fach gebracht hatten, sind von stellungsfindenden Schauspielern überfüllt. Nur die Staatstheater und einige wenige der starksubventionierten großen städtischen Theater haben ihre Ensembles zusammengestellt. In den meisten Fällen sind von den Intendanturen ungefähr 80 Proz. der Verträge verlängert worden. Der größte Teil der übrigen deutschen Bühnen bietet für das selbe Jahr nur zwei Drittel, bisweilen sogar nur die Hälfte der vorjährigen Gagen an.

Die Geburt der kleinen Haiside. Zu einem ungewöhnlichen Zwischenfall führte der Fang eines Haisfisches an der Küste von Messina. Das Tier, das zur Gattung der lebendige Junge zur Welt bringenden Gattungen gehörte, hatte den Strand aufgesucht, um dort seine schwere Stunde zu ermartern. Auch bei diesen Un- geheuern des Meeres vollzieht sich der Geburtsakt unter schweren Schmerzen und Qualen. Die Wairosen, die den Hai bemerkt hatten, waren herangekommen, vermurdeten das freischwimmende Tier durch Flintenschüsse und fingen es dann. Sie waren nicht wenig erschrocken, als aus dem Leib des gewaltigen Ungetüms 107 Stück kleine-Hais- fische herauskrochen. Die Fischer suchten das Leben der Neu- geborenen zu verlängern, indem sie sie in große mit Seewasser ge- füllte Bottiche einsetzten.

Erkennungsführungen der Wode. Freitag Volkshäuser: „Das Irrende Schicksal“ — Theater in der Klosterstraße: „999 Frauen“, Sonntag Hof-Theater: „Wann Du noch eine Mutter hast“.

Reisepredigten. Sonntag (9): „Karl XII.“ Tages: „Die Biene Raja“, „China's Kampf um seine Freiheit“ und „16000 Kilo- meter durch Nordamerika“. Am Dienstag täglich (5): „Die letzten Tage von Pompeji“. Sonntag (5): „Das Blumen- wunder“.

Vorträge. Die Volkshäuser Untergründe der Kant-Gesellschaft be- rufen in der Universität, neues Kolleggebäude, Helldal 1, am Montag 8 Uhr einen Vortrag von Dr. A. Herzberg über „Die Biologie der großen Schilopen“.

In der Staatlichen Kunstbibliothek, Prinz-Albrecht-Str. 7a, ist eine Ausstellung „Grabrit und illustrierte Bücher“ aus dem Verlag Bruno Cassirer eröffnet. Sie ist bei freiem Eintritt werktäglich von 9 — 9 Uhr geöffnet.

